

Stand: 06.06.2026 14:03:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16810

"Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16810 vom 10.05.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17500 des GP vom 16.05.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17617 vom 06.07.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 06.07.2017



## Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann SPD**

### Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege mündlich und schriftlich über die derzeitige und zukünftige Versorgung mit ambulanten kinderärztlichen Leistungen in Bayern zu berichten.

Dabei sind insbesondere nachfolgende Aspekte zu beleuchten:

1. Wie bewertet die Staatsregierung die derzeitige Versorgungslage im kinderärztlichen Bereich in Bayern im ländlichen Raum und im Hinblick auf die Städte und die dortige ungleiche Verteilung auf einzelne Stadtviertel?
2. Ist der Nachwuchsbedarf an Fachärztinnen bzw. Fachärzten für Kinderheilkunde in Bayern derzeit gedeckt?
3. Inwiefern und in welchen Regionen wird nach Kenntnis der Staatsregierung bereits bisher ein überdurchschnittlicher Anteil von Kindern an der Wohnbevölkerung als regionale Besonderheit nach § 2 der Bedarfsplanungs-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) bei der kassenärztlichen Beplanung von Kinderarztsitzen berücksichtigt?
4. Hält die Staatsregierung es für eine bedarfsdeckende Versorgung mit Kinderärzten in Bayern für notwendig, den Anteil an Kindern an der Gesamtbevölkerung als regionale Besonderheit stärker zu berücksichtigen? Wenn ja: In welchen Regionen? Wird sich die Staatsregierung in ihrer beratenden Funktion im Gemeinsamen Landesausschuss nach § 90 Sozialgesetzbuch (SGB) V für eine stärkere Berücksichtigung demografischer Faktoren bei der Beplanung von Kinderarztsitzen einsetzen?
5. Welche Rolle spielen nach Kenntnis der Staatsregierung die geplanten oder tatsächlichen Praxisöffnungszeiten bei der Entscheidung über die Vergabe von Kinderarztsitzen? Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, über die Bedarfs-

planung auf längere Praxisöffnungszeiten hinzuwirken?

6. Hält die Staatsregierung die derzeitige Bedarfsplanungsrichtlinie des G-BA für geeignet, den Bedarf an ambulanter kinderärztlicher Versorgung in Bayern auch mittelfristig sicherzustellen? Welche Änderungen hält die Staatsregierung allenfalls für angezeigt, und wird sie sich im Rahmen ihrer mitberatenden Funktion im G-BA dafür einsetzen? Sollte nach Auffassung der Staatsregierung die Ausweitung der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder gemäß der „Kinder-Richtlinie“ des G-BA auch in der Bedarfsplanung berücksichtigt werden?
7. Welche anderen Maßnahmen hält die Staatsregierung für sinnvoll, um eine bedarfs- und flächendeckende Versorgung mit ambulanten kinderärztlichen Leistungen in Bayern auch mittel- und langfristige sicherzustellen?

### Begründung:

Die Bedarfsplanung zur ärztlichen Versorgung gibt vor, wie viele Ärztinnen bzw. Ärzte eines Fachgebiets in einer bestimmten Region vorhanden sein müssen, um eine ausreichende ambulante ärztliche Versorgung der dort lebenden Bevölkerung sicherzustellen. Die Arztzahlen für die jeweiligen Planungsbereiche werden für haus- und fachärztliche Versorgung ermittelt.

Die 1993 vom Gesetzgeber eingeführte bundesweite Bedarfsplanung wurde 2012 mit dem Versorgungsstrukturgesetz neu geordnet, insbesondere um dem zukünftigen oder bereits manifesten Ärztemangel vor allem in ländlichen Regionen gegenzusteuern. Der Mangel an fachärztlichem Nachwuchs und die Veränderung der Planungsbereiche durch Gebietsreformen haben eine Neufassung erforderlich gemacht, die in Form einer neuen Bedarfsplanungsrichtlinie von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und den Krankenkassen im Gemeinsamen Bundesausschuss 2012 beschlossen wurde.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung GKV-Versorgungsstärkungsgesetz – GKV-VSG) vom 23. Juli 2015 soll die 2013 geänderte Bedarfsplanung weiterentwickelt werden. Das Versorgungsstärkungsgesetz zielt darauf ab, auch in Zukunft eine gut erreichbare medizinische Versorgung der Patientinnen bzw. Patienten auf ho-

hem Niveau sicherzustellen – die flächendeckende ambulante medizinische Versorgung soll gesichert und der Zugang von Patienten zu ärztlichen Leistungen verbessert werden. Außerdem sollen innovative Versorgungsformen stärker gefördert werden. Der G-BA wurde dazu beauftragt, die erforderlichen Anpassungen für eine bedarfsgerechte Versorgung – nach Prüfung der Verhältniszahlen und unter Berücksichtigung der Möglichkeit zu einer kleinräumigen Planung – zu treffen. Bei der Anpassung der Zahlen soll auch die Sozial- und Morbiditätsstruktur der Bevölkerung berücksichtigt werden. Eine überarbeitete Fassung der Bedarfsplanung sollte ursprünglich mit Wirkung zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Als Grundlage für die Weiterentwicklung der Bedarfsplanung wurde ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben.

Die Zunahme an Überlastungsklagen von Seiten der (Kinder-)Ärztinnen bzw. Ärzte sowie an Berichten über Versorgungsengpässe von Elternseite lassen zum jetzigen Zeitpunkt eine Bestandsaufnahme über den aktuellen Umsetzungsstand der neuen Bedarfsplanungsrichtlinie als dringend angezeigt erscheinen.

Einerseits mangelt es an Fachärztinnen bzw. Fachärzten im ländlichen Raum, andererseits ist aber auch in der Stadt München eine ungleiche Verteilung mit Kinderärztinnen bzw. Kinderärzten auf einzelne Stadtviertel zu verzeichnen. Aufgrund der Größe der Planungsbereiche sind Kinderärztinnen bzw. Kinderärzte in Städten wie München nicht darauf festgelegt, wo sie sich niederlassen, was zur Folge hat, dass gut situierte Viertel überversorgt sind, während sozial schwächere Viertel einen akuten Mangel an kinderärztlicher Versorgung aufweisen. Eltern und ihren kranken Kindern darf nicht zugemutet werden, eine lange Anreise – meist mit öffentlichen Verkehrsmitteln – zum Arzt auf sich nehmen zu müssen. Gleichzeitig ist es auch den Ärztinnen bzw. Ärzten in schlecht versorgten Gebieten nicht zumutbar, ständig am Rande der Belastungsgrenze zu arbeiten. Weiterhin wirkt sich ein Mangel an niedergelassenen Kinderärztinnen bzw. Kinderärzten auch auf die nahegelegenen Notfallambulanzen aus, auf die ausgewichen wird und denen dann wiederum die Kapazitäten für wirkliche Notfälle fehlen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Gesundheit und Pflege**

**Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,  
Kathi Petersen u.a. SPD**  
Drs. 17/16810

**Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in Satz 1 die Wörter „mündlich und schriftlich“ gestrichen werden.

Berichterstatlerin: **Ruth Müller**  
Mitberichterstatler: **Sandro Kirchner**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 16. Mai 2017 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

**Kathrin Sonnenholzner**  
Vorsitzende



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 17/16810, 17/17500

### **Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die derzeitige und zukünftige Versorgung mit ambulanten kinderärztlichen Leistungen in Bayern zu berichten.

Dabei sind insbesondere nachfolgende Aspekte zu beleuchten:

1. Wie bewertet die Staatsregierung die derzeitige Versorgungslage im kinderärztlichen Bereich in Bayern im ländlichen Raum und im Hinblick auf die Städte und die dortige ungleiche Verteilung auf einzelne Stadtviertel?
2. Ist der Nachwuchsbedarf an Fachärztinnen bzw. Fachärzten für Kinderheilkunde in Bayern derzeit gedeckt?
3. Inwiefern und in welchen Regionen wird nach Kenntnis der Staatsregierung bereits bisher ein überdurchschnittlicher Anteil von Kindern an der Wohnbevölkerung als regionale Besonderheit nach § 2 der Bedarfsplanungs-Richtlinie des Gemein-

samen Bundesausschusses (G-BA) bei der kasernenärztlichen Beplanung von Kinderarztsitzen berücksichtigt?

4. Hält die Staatsregierung es für eine bedarfsdeckende Versorgung mit Kinderärzten in Bayern für notwendig, den Anteil an Kindern an der Gesamtbevölkerung als regionale Besonderheit stärker zu berücksichtigen? Wenn ja: In welchen Regionen? Wird sich die Staatsregierung in ihrer beratenden Funktion im Gemeinsamen Landesausschuss nach § 90 des Sozialgesetzbuchs (SGB) V für eine stärkere Berücksichtigung demografischer Faktoren bei der Beplanung von Kinderarztsitzen einsetzen?
5. Welche Rolle spielen nach Kenntnis der Staatsregierung die geplanten oder tatsächlichen Praxisöffnungszeiten bei der Entscheidung über die Vergabe von Kinderarztsitzen? Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, über die Bedarfsplanung auf längere Praxisöffnungszeiten hinzuwirken?
6. Hält die Staatsregierung die derzeitige Bedarfsplanungsrichtlinie des G-BA für geeignet, den Bedarf an ambulanter kinderärztlicher Versorgung in Bayern auch mittelfristig sicherzustellen? Welche Änderungen hält die Staatsregierung allenfalls für angezeigt, und wird sie sich im Rahmen ihrer beratenden Funktion im G-BA dafür einsetzen? Sollte nach Auffassung der Staatsregierung die Ausweitung der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder gemäß der „Kinder-Richtlinie“ des G-BA auch in der Bedarfsplanung berücksichtigt werden?
7. Welche anderen Maßnahmen hält die Staatsregierung für sinnvoll, um eine bedarfs- und flächendeckende Versorgung mit ambulanten kinderärztlichen Leistungen in Bayern auch mittel- und langfristige sicherzustellen?

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter der Nummer 6 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 400/17, betreffend: "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche", beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Es sind dies die Drucksache 17/17484 sowie die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/17536. Die Beratung im Bundesrat ist für den morgigen Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm.

Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheiten**

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:  
 Saubere Energie für alle Europäer  
 COM (2016) 860 final  
 BR-Drs. 738/16  
 Drs. 17/16271, 17/17300 (G) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO  
 Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:  
 Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie  
 COM (2016) 763 final  
 BR-Drs. 811/16  
 Drs. 17/16272, 17/17301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union  
Forschung und Technologie:  
Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen – Bewertung von Öffentlich-  
öffentliche Partnerschaften (Art. 185 Initiativen) im Rahmen der  
Zwischenbewertung von Horizont 2020  
27.01.2017 – 30.04.2017  
Drs. 17/16273, 17/17473 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union  
Verkehr:  
Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr  
23.01.2017 – 23.04.2017  
Drs. 17/16274, 17/17302 (E) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO**  
**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für**  
**Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union  
Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend:  
Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen  
28.02.2017 – 31.05.2017  
Drs. 17/16310, 17/17474 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Subsidiaritätsangelegenheit  
Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,  
Dr. Martin Huber u.a. CSU,  
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Subsidiarität  
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates  
zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftersuchen der  
Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den  
Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche,  
COM (2017) 257 final;  
BR-Drs. 400/17  
Drs. 17/17484, 17/17536 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

#### Verfassungsstreitigkeit

7. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2017  
(Vf. 8-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
des Art. 57 a des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unter-  
richtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000  
(GVBl. S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom  
13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist, in Verbindung mit den  
Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen  
(KMS vom 30. Mai 2016 – VI.7 – B P9010.1-7b.50387 – FubSch)  
PII/G1310.17-0007  
Drs. 17/17396 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete  
Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kleine Brauereien unterstützen – Vielfalt des bayerischen Biers erhalten  
Drs. 17/13533, 17/17460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Missbrauch von K.-o.-Tropfen verhindern  
Drs. 17/15262, 17/17493 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Josef Zellmeier, Walter Nussel u.a. CSU  
Die neuen Grenzwerte der TA Luft gefährden Holzheizkraftwerke  
und übersteigen zugleich das technisch Mögliche  
Drs. 17/15731, 17/17423 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann u.a. SPD  
Außenwerbeverbot für Tabakwaren  
Drs. 17/16165, 17/17414 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD  
Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern  
Drs. 17/16178, 17/17494 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Energiewende ist Klimaschutz: Die richtigen Rahmenbedingungen für Mieterstrommodelle jetzt einführen  
Drs. 17/16319, 17/17468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)  
Leistungsgerechte und faire Managergehälter – Exzesse vermeiden  
Drs. 17/16321, 17/17470 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Wirkungsvolle Förderung von Mieterstromprojekten auf den Weg bringen  
Drs. 17/16343, 17/17469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU  
Erfahrungen mit der Wohnsitzregelung  
Drs. 17/16409, 17/17256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU  
Schnelle Klarheit über das Verhältnis zum Vereinigten Königreich  
nach dem Brexit  
Drs. 17/16505, 17/17465 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller,  
Susann Biedefeld u.a. SPD  
Baumaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim  
Drs. 17/16613, 17/17461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn,  
Klaus Adelt u.a. SPD  
Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen  
Drs. 17/16615, 17/17416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zeitliche Mindestreichbarkeit im Krankenhausplan des Freistaates Bayern berücksichtigen  
Drs. 17/16620, 17/17496 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD  
Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärken  
Drs. 17/16654, 17/17497 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Kein Verpackungsgesetz zu Lasten der Kommunen und der Umwelt  
Drs. 17/16668, 17/17248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten  
Drs. 17/16670, 17/17498 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bayerische Projekte in der Donaunraumstrategie der EU-Kommission  
Drs. 17/16672, 17/17418 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen  
Drs. 17/16781, 17/17499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)  
Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken  
Drs. 17/16782, 17/17463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Unwetter am Untermain: Schnelle und unbürokratische Hilfe für Betroffene  
Drs. 17/16802, 17/17462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD  
Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen  
Drs. 17/16810, 17/17500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Personaleinsatz in Pflegeheimen bei Bedarf flexibler regeln  
Drs. 17/16830, 17/17501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Bayerns Krankenhäusern  
Drs. 17/16834, 17/17502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD  
Evaluation der Sprachförderung an bayerischen Schulen  
Drs. 17/16912, 17/17428

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.**

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Beweislastumkehr bei Umwelterkrankungen  
Drs. 17/17176, 17/17263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.**